

Volkszeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Deutschland

Paul Theuring
Verlagsbuchhandlung
Friedrichstraße 21/22
Telephon 2111

Erstausgabe am Sonntag nachmittags. Die Bezugs-Exemplare des Monats betragen in Halle und um 3700.000 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 3700.000 Mark, in anderen Postgebieten abgibt 3000.000 Mark monatlich. Die geringsten Postgebühren sind im Voraus zu zahlen. Die Abonnements sind im Voraus zu zahlen. Einzelhefte 100.000 Mark. Einzelhefte 500.000 Mark im Voraus zu zahlen. Einzelhefte 100.000 Mark im Voraus zu zahlen. Einzelhefte 500.000 Mark im Voraus zu zahlen.

Verdoppelung der Personalfahrpreise.

Erhöhung der Gütertarife um 40 Prozent / Verbot der proletarischen Hundeschäfen / Das Zentrum für ein neues Angebot / Abflauen des englisch-russischen Konflikts.

Russland und England.

Die getriebenen Sowjetdiplomaten.
Wenn man die Stabilität der russischen Politik verfolgt, so könnte man fast auf die ungewohnte Freiheit neidisch werden, mit der die gegenwärtige russische Regierung ihre Politik gestaltet. Kein absoluter Fiktus hat jemals die Möglichkeit gehabt, so unabhängig und frei seine Entscheidungen zu fassen, wie die gegenwärtigen russischen Gesamtschicksale. Schon noch wurde von Moskau aus das Schicksal der Sowjetunion entschieden. Die Ermüdung des britischen Westens in Bezug auf die inneren Angelegenheiten des hungergeplagten russischen Reiches hat eine Krise aus dem Außenministerium zur Folge der ein deutlicher Schritt zu wünschen übrig ließ. Auch noch lag allerdings Konflikt vor. Insbesondere beabsichtigte Russland englische Fischdampfer, in dem es die Grenze der Territorialgewässer ziemlich einseitig erweiterte, obwohl man hier die anmaßenden britischen Ansprüche keineswegs anerkennen kann. Kurz und gut, die Streitpunkte häufen sich so gebührend, daß England glaubte, jetzt härtere Saiten anzuziehen zu können. Es hatte allerdings gut vorbereitet. Lord Curzon war mit Erfolg bemüht gewesen, die Taten zu sich herüberzuziehen. Die Arbeiteropposition in England selber war so geschickt eingeführt worden, daß sie an die Sowjetregierung telegraphierte, keine Gewalt gegen das in den nördlichen Gewässern erlaubte englische Kanonenboot zu gebrauchen, das dort die englischen Fischdampfer schützen soll. Gehört auf diese Vorbereitungsarbeit richtete England ein Augenmerk auf. Die bolschewistische Presse sprach daraufhin von Krieg, aber die bolschewistische Regierung überließ trotz die günstige Position Englands und lenkte ein. Herr Titmuss zog nach England, und die Antwort der russischen Regierung auf das englische Ultimatum, die dem britischen Vertreter in Moskau überreicht wurde, amere auf Friedenstöne.

galt aber des Haules seien sich wohl einig in dem Wunsche, solange wie möglich mit allen anderen Staaten, auch mit Russland, harmonische Beziehungen aufrecht zu erhalten, gleichzeitig aber in dem Willen, auch die eigenen Interessen soweit wie möglich zu wahren und zu fördern. Er glaubte nicht, daß das englische Volk die Danteschuld bezeugen habe, oder nahe daran sei zu verfallen, zu der es dem russischen Volk gegenüber verpflichtet sei. Es dürfte nicht verzeihen, was Russland im ersten Teile des Vertrages für das englische Volk getan habe. Die Regierung schluge keineswegs eine Kündigung des Handelsabkommens mit Russland vor, im Gegenteil! Es ist klar, daß die englische Regierung erfüllt werde. Das Abkommen beweist sich jedoch selbst seiner Bestimmung zu, sobald es nicht von beiden Seiten erfüllt werde. Worauf es das Hauptgewicht legen müßte, sei aber die Feststellung, daß

Anschlag auf das Ruhrstaatswerk.

Ahrweiler, 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die heftigen Explosionen, die in der Nacht zum Sonntag im ganzen Ruhrgebiet zu hören waren, sind genaue Einzelheiten auch bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Aus Duisburg erzählt man, daß dort in der Nähe des Ruhrstaatswerkes im Hafenkanal eine gewaltige Explosion erfolgt ist. Es scheint sich um eine Treibstoffexplosion zu haben, die aber explodiert, bevor sie das Staumauer erreicht, keinen zerstückung anrichten konnte. Das Staumauer im Hauptkanal scheint auch nicht beschädigt zu sein. Dagegen richtete ein Teil der Sprengkörper im Maschinenhaus der in der Nähe liegenden Rheinischen Stahlwerke große Verwüstungen an.

Kunmer ist London übertraf, und es steht sich durch die bolschewistische Zahl in eine etwas seltsame Lage verlegt. Die Note der Russen gibt die wichtigsten Dinge preis. So will man das große Schreiben des Beamten Weinstein dem russischen Außenminister an den englischen Vertreter in Moskau in Sachen der Hinrichtung des tschechischen Wärdenträgers einfach als nicht existierend aufgeben. Die beschlagnahmten englischen Fischdampfer sollen sofort freigegeben werden und auch sonst läßt es die russische Regierung nicht an Anwendungen über ihre Bereitwilligkeit zum Frieden fehlen. Das Entschieden jedoch ist, daß Herr Titmuss in aller Form den Vorstoß macht, den es im Augenblick der russischen England und Russland im Zusammenhang mit Streitfragen einer englisch-russischen Konferenz zu unterbreiten. Um jedes Ausweichen hinter formale Gründe auszuschließen, überläßt die russische Regierung die Entscheidung der Bestimmung zum Zeit und Ort dieser Konferenz. Gleichzeitig wird allerdings der englischen Regierung die Verantwortung für alle Folgen einer etwaigen Ablehnung zugebürdet. Damit hat sich die russische Regierung ihre volle Handlungsfreiheit zurückgeholt, und es ist nun an England, zu dem russischen Vorstoß Stellung zu nehmen. Da die Außenpolitik des Lord Curzon auch in England selber nicht unbestritten blieb, und da insbesondere die Opposition gegen die Politik sich keinesfalls auf die Arbeiterpartei beschränkte, so bringt der russische Schachzug auch Verwirrung in die innere englische Front. Außenpolitisch führt er den Russen die Zustimmung mit der Tüchtigkeit, denn gegenüber einem so übertriebenen friedlichen Standpunkt kann die Tüchtigkeit für alles Verzichtnis zu Russland weiter spielen, ohne daß sie sich vor der Gefahr für die Erhaltung der russischen Unabhängigkeit in England zu verlieren. In England gibt es keine Partei, die deswegen über nationalen Verrat jetzt und von einer Preisgabe russischer Interessen spricht. Die russische öffentliche Meinung aber wird gleichwohl in einer gehärgerten Stimmung gegen England erhalten. Auch dieses Doppelspiel ist den Russen möglich.

Khland die Bestimmungen dieses Abkommens nie beachtet habe. Kaum sei im März 1921 dieses Abkommen unterzeichnet worden, so hätten die Russen mit ihrer Propaganda begonnen, obwohl gerade die Unterzeichnung solcher Propaganda eine der ersten Bedingungen des Abkommens gewesen sei. Es war nicht die einzige Bedingung des Abkommens, aber eine ihrer wichtigsten, und die englische Regierung habe in Moskau die ernstlichen Vorstellungen gegen diese Verletzung erhoben. Die Erfahrungen, die das letzte Kabinett gemacht habe, deuten sich mit denen des jetzigen. Die Sowjetregierung habe damals dasselbe getan, was sie heute tue. Es wäre demnach, die die gegenwärtige englische Regierung an Russland getrieben habe, entsetzt nur eine Auslese aus den unzähligen im Besitze der englischen Regierung befindlichen Beweisen für die russischen Vertragsverletzungen. Nach diesen Belegen werde die russische Propaganda ununterbrochen fortgesetzt. Er könne jetzt nicht so weit gehen, die Quellen namhaft zu machen, aus denen die englische Regierung ihr Beweismaterial erhalten habe, aber er sei sicher, daß es sich um die russische Propaganda handele, die dieses Beweismaterial durchaus aufbewahrt sei. Man zähle nicht weniger als 116 Fälle, in denen englische Staatsangehörige zu Unrecht eingekerkert und der schändlichsten Behandlung ausgesetzt worden seien. Auch der ersten Verhandlungen der englischen Regierung habe die Sowjetregierung nicht die geringsten Anstalten gemacht, die Schadenersatzpflichtigkeit dieser Leute zu erfüllen und er sehe auch jetzt noch nichts davon. Was die Beschlagnahme der englischen Fischdampfer und die Gefangennahme ihrer Besatzungen anbetreffend, so erklärte Mac Neil, daß die Sowjetregierung in diesem einen Punkte eine entgegengesetztere Antwort erteilt habe, da sie sich

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) In der Sitzung des händigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates, die gestern mittig unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler im großen Sitzungssaale des Reichsoberverwaltungsamtes stattfand, war der Anschlag einhellig der Ansicht, daß rechtzeitig für Bekämpfung der notwendigen Ausgaben durch Tarifserhöhungen georgt werden müsse. Während für die Personentarife eine Erhöhung von 100 Prozent zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Anbetracht der ganzen Lage für erforderlich gehalten wurde, war der Anschlag der Ansicht, daß die Gütertarife in jenem Ausmaße erhöht werden müßten, daß auch die durch die bevorstehenden Gefahrs-, Lohn- und Kohlenpreiserhöhungen verursachten Mehrausgaben alsobald bedeckt finden. Der Umfang der Gütertarife müßte auf Grund der heutigen Preisverhältnisse schon über 40 Prozent sein.

zu gewissen Satisfaktionen bereit erklärt habe. Die Sowjetregierung habe nämlich mitgeteilt, daß sowohl die Schiffe wie ihre Mannschaften wieder freigelassen werden. Russland habe, so betonte der Redner, sich an ein russisches Geheiß gehalten, das im Jahre 1880 herausgegeben worden und in dem die Grenze der Territorial-Gewässer auf drei Meilen festgelegt sei. In allen anderen Fragen, namentlich denen der Propaganda und des englischen Untertanen zugehörigen Anrechts aber habe Sowjetrussland eine durchaus unbefriedigende Antwort erteilt. In der Frage der Propaganda habe es sich mit einer allgemeinen Ablehnung begnügt. In der Frage der Fischdampfer werde wohl die Entscheidung über die Freigabe der Schiffe an der Hand der russischen Regierung überlassen, die sich aber nicht zu einer Entschädigung für seine Rede, ebensowenig werde eine Zustimmung gegeben, daß derartige in Zukunft nicht mehr vorlomme. Mac Neil streifte dann nach der Frage der Religionsverfolgungen in Russland und schloß damit, daß er darauf hinwies, England habe nur in dem Sinne ein Ultimatum an Russland geschickt, als das Wohlwollen zu erklären, daß es sich nicht um eine Sowjetregierung den englischen Reichswerten nicht nachzugeben gewillt sei. England lei der frühesten Unterhandlungen überdrüssig, trotzdem aber werde der Außenminister, wenn der loben angenehme Kräfte ihn zu sprechen wünsche, dazu bereit und vor darüber sein, mit ihm eine Unterhaltung über die zur Debatte stehende Frage beginnen zu können.

Die Belegung der Chemischen Werke.

Die Franzosen haben mit einer neuen Art von Retardation, Sanktion oder wie sie diese Gewaltmaßnahme benennen wollen, begonnen und in der Nacht auf Dienstag die Höflicher Farmwerke und die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen sowie einige weitere Betriebe, wie z. B. die große Zementfabrik Osterfeld, als besetzt erklärt und der Verhaftung der Arbeiter, wenn nicht sofort nicht unterworfen, die dieselben neuen Art von Terror zurumt. Unter dem Schutze der hermetischen Absperrung durch die neuen Polizeibrigaden zwischen dem unbesetzten und dem Einbruchgebiet wurden die genannten Werke durch ein starkes Militärkontingent regulär besetzt und dann angedeutet in den lebenswichtigen Betrieben tätigen Arbeitern der Zutritt verweigert. Mehrere Stunden lang herrschte vollkommenes Verbotsherrschaft. "Begründet" wird dieser unvorhergesehene Schritt mit einer "böswilligen" Nichtinhabung der im Friedensvertrag Deutschlands anverlangten Lieferungen in Frankreich. Außer den Eisenbahnen sind die besetzten Werke die größten Betriebe des deutschen Vorkriegsunternehmens. Die Arbeiter des Bergbauwesens der Verarbeitung von Eisenblechen, Altkäse, verschiedene pharmazeutische Präparate, Farben, synthetischen Ammoniak und daraus wieder anorganischen Stickstoff herstellen. Die Unternehmungen sind auch an ausländischen Werten beteiligt. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Spionagengatt größten Stils vorliegt, indem unter dem Schutze der Masse des "bedrohten" Reichs die Geheimnisse deutscher Produktion erteilt werden sollen.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über Erhöhung der Beamtengehälter haben zu dem Ergebnis geführt, daß der bisherige Teuerungszuschlag von 92 Prozent rückwirkend ab 1. Mai auf 121 Prozent und ab 16. Mai auf 1672 Prozent erhöht wird. Das ausgezahlte vierte Monatsgehalt wird nicht angesetzt.

Aus Berlin wird uns furs vor Schluss der Debatte gemeldet: Zu der in der Woche wiedergegebenen Nachricht eines Korrespondenten über die Erhöhung der Beamtengehälter (die uns im vorstehenden Wortlaut heute morgen übermittelt wurde) erzählt die Zeitung, daß die darin enthaltenen Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. Die Verhandlungen, die bisher überhaupt noch nicht zum Abschluß gelangt sind, sind vielmehr heute vormittag fortgesetzt worden.

London, 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Im Unterhause durch Ramsay MacDonald, der Arbeiterführer, gesteuert die englische Politik gegenüber Sowjetrussland. Als Vertreter der englischen Regierung antwortete Unterstaatssekretär Mac Neil. Er begann damit, daß er die Gewichte von einem bevorstehenden Kriege abwenden von beiden Ländern ab abzurufen wüßte. In Verbindung mit dem gegenwärtigen englisch-russischen Disput von Art und zu sprechen, die eine völlige Vertiefung der Talsachen und Anzeichen zu den beiden Parteien des Monats. Die die

Das Zentrum für ein neues Angebot.

Frankfurt a. M., 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die Franzosen bestehen in Verhandlungen die Chemische Fabrik Weiler Meer. - Verbund ist von den Franzosen wieder gedrückt worden. Die Franzosen haben einen Antrag hinterlassen, daß das Zentrum am 16. Mai sein bestes Gebot zu reichen ist und zwar so, daß alle Stationen der Strecke Weiler Meer-Ludwigshafen zum besten Gebote rechnen.

Auch Japan antwortet.

Tokio, 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die japanische Regierung hat am Dienstag ihre Antwort auf die deutschen Forderungen veröffentlicht. Sie ist sehr kurz und lautet: Die japanische Regierung ist wegen der vorliegenden Reparationsfragen und der Garantien in die Unmöglichkeit verlegt, den deutschen Forderungen zuzustimmen. Da Japan an dieser Frage gegenwärtig nicht ein so großes Interesse hat wie die anderen Staaten, an die sich Deutschland wendet hat, so wird sich die japanische Regierung enthalten, ihre Meinung über die Einzelheiten der deutschen Forderungen auszusprechen. Sie hält aber dafür, ihrem Vollen einen neuen, präzisierteres Angebot auch in der Frage der Garantien gemacht werden müßte. Einmütig war man auch der Auffassung, daß keine andere Negierung als die gegenwärtige in dieser Angelegenheit

Das Zentrum für ein neues Angebot.

Berlin, 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die Zentrumstrafaktion des Reichstages und des Preussischen Landtages traten am Dienstag Abend zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Dabei wurden die Verhandlungen über die Aufhebung des Verbots, das bei den Verhandlungen nicht abreuen sollte und deshalb ein neues, präzisierteres Angebot auch in der Frage der Garantien gemacht werden müßte. Einmütig war man auch der Auffassung, daß keine andere Negierung als die gegenwärtige in dieser Angelegenheit

